



Mitteilungsvorlage

Organisationseinheit	Datum	Drucksachen-Nr.
Ordnungsamt	26.03.2024	2024/076

⇩ Beratungsfolge	⇩ Sitzungsart	⇩ Sitzungstermin/e
Sozialausschuss	öffentlich	22.04.2024

Tagesordnungspunkt 3

Bericht der Ausländerbehörde zur Einbürgerung und den Konsequenzen des neuen Staatsangehörigkeitsgesetzes für die Arbeit der Behörde; Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Historie und Sachverhalt

Aufgrund der Verabschiedung des Gesetzes zur Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts und den damit verbundenen Erleichterungen bei der Einbürgerung ausländischer Bürgerinnen und Bürger bittet die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (Antrag vom 17. Februar 2024) um Bericht über untenstehende Punkte.

Die Verwaltung nimmt dazu wie folgt Stellung.

Wie viele Personen wurden im Jahr 2023 im Landkreis Konstanz eingebürgert?

Im Jahre 2023 wurden im Landkreis Konstanz 981 Personen eingebürgert.

Wie viele entsprechende Anträge wurden gestellt?

Insgesamt wurden 1.506 Anträge gestellt.

Wie lange war die durchschnittliche Wartezeit oder Bearbeitungsdauer?

Die durchschnittliche Bearbeitungszeit liegt bei ca. 9 - 12 Monaten.

Wie schätzen Sie die Auswirkungen der Gesetzesänderung auf die Anzahl der Anträge und der Wartezeiten für das Jahr 2024 ein?

Die Anträge werden sich nach aktuellen Hochrechnungen (gemäß unserer Organisationsuntersuchung aus 2023) verdoppeln, wenn nicht sogar verdreifachen - was sich entsprechend auf die Warte-

zeit auswirken wird. Der berechnete Personenkreis erweitert sich (schätzungsweise ca. 3.000 Personen). Bereits jetzt gehen wöchentlich im Schnitt um die 40 - 45 Anträge ein – obwohl die neuen Gesetzesänderungen noch gar nicht in Kraft getreten sind. Bei ansteigendem Antragszugang und unverändertem Personaleinsatz würde das Ziel einer schnelleren Einbürgerung verfehlt, da sich die Bearbeitungsdauer voraussichtlich um Einiges verzögern wird. Wir werden daher die Antragsituation laufend beobachten und ggfs. durch entsprechende Stellenanmeldung für den kommenden Haushalt rechtzeitig darauf reagieren.

Anlagen

Anlage 1 – Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 17. Februar 2024